

Az.: 202-08

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Akademischen Senats am
Mittwoch, den 1. November 1967, ~~im Senatssaal~~
15 Uhr c.t. im Senatssaal

Unter dem Vorsitz des Rektors, Prof. Dr. Rüegg
sind anwesend:

Der Prorektor	Prof. Dr. Franz
die Dekane	Prof. Dr. Bernhardt Prof. Dr. Wacker Prof. Dr. Lammers Prof. Dr. Martienssen Prof. Dr. Moxter
die Wahlsenatoren	Prof. Dr. Wiethölter Prof. Dr. Hövels Prof. Dr. Kraft Prof. Dr. O'Daniel Prof. Dr. Wittmann
Nichtordinarien- vertreter	Prof. Dr. Müser Prof. Dr. Hirsch
Vertreter der Studentenschaft	stud.iur.Birkholz stud.nat.Heik stud.phil.Grunenberg
Gäste:	
Vorsitzender des Rates der Abt.für Erziehungs- wissenschaften	Prof. Dr. Freyh
Kurator	Herr v. Thümen
Nichthabilitierten- vertreter	Dr. Bartl Dr. Andel
Schriftführer	Verw.Amtmann Friedmann

Der Rektor eröffnet die Sitzung um 15 Uhr c.t. Er begrüßt den erstmals als Wahlsenator an einer Senatssitzung teilnehmenden Prof. Wittmann und ~~gibt~~ gibt bekannt, daß sich Prof. Deninger wegen Krankheit für die heutige Sitzung entschuldigt hat.

Zu Beginn des neuen Akademischen Jahres skizziert der Rektor die wesentlichen zu bewältigenden Aufgaben.

Dies sind im einzelnen:

1. die Verabschiedung der Neuen Satzung,
2. die ^{Intensivierung der} intensivierte Durchführung der Studienreform unter dem Aspekt der korporativen Verantwortung,
3. die Integration der AfE,
4. das ~~Bauwesen~~ ^{der neuen Universität}, insbesondere die Entwicklung eines Konzepts für die Planung einer Satelliten-Universität.

Der Rektor bittet alle Gruppen um loyale Mitarbeit.

Zur Tagesordnung übergehend gibt der Rektor bekannt, daß unter Punkt 10 "Verschiedenes" ein Antrag des Studentenwerks und ^{eine} Protokollberichtigung behandelt werden sollen.

Es werden hiergegen keine Einwände erhoben.

1. Überführung der Universität auf das Land Hessen

a) Besoldungsfragen

Der Kurator unterrichtet den Senat über den Inhalt eines Schreibens an den Hessischen Finanzminister, in dem die durch die Übernahme bedingten, nicht länger tragbaren Besoldungsverhältnisse bei den Kliniken anhand von gravierenden Beispielen mit Nachdruck beanstandet werden. Insbesondere hält der Kurator für denkbar, unglücklich, daß als Auftakt der neuen Beziehungen zum Land fünf Dienstposten von leitenden Verwaltungsbeamten abgewertet wurden. Das hatte zur Folge, daß in diesem Jahr bereits 4 qualifiziert Verwaltungsbeamte abgewandert sind.

In diesem Zusammenhang stellt der Kurator fest, daß sich die Stadt Frankfurt nicht an § 15 des Übernahmevertrages hält, der vorsieht, daß die Stadt kein Personalausgleich zwischen den Kliniken und anderen Dienststellen, insbesondere anderen Krankenanstalten, vornehmen wird.

Der Kurator fährt fort, daß zwar inzwischen ~~zum~~ durch die Erledigung der noch ausstehenden ~~Dienststellenbewerbung~~ fünf Beförderungen ausgesprochen werden konnten, im übrigen die Situation jedoch zur Folge hat, daß sich kaum noch qualifiziertes Personal für ^{an} Kliniken findet, da sowohl die Stadt als auch die Krankenhäuser in der Umgebung Frankfurt (z.B. Groß Gerau, Bad Homburg) ungleich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen anbieten.

Der Rektor hält eine baldige Sitzung des Großen Rates für erforderlich, in der die vorgenannten Verhältnisse eingehend erörtert werden.

Prof. Hövels gibt zu überlegen, ob nicht die Parteien und die Öffentlichkeit auf die Misere bei den Kliniken aufmerksam gemacht werden sollten. Der Kurator rät jedoch, zunächst die Antwort des Finanzministers auf den eingangs genannten Brief abzuwarten. Frl. Grunenberg hält eine Aktivität auf verschiedener Ebene „zur Erzeugung eines permanenten Druckes“ für geboten. Der Senat beschließt, für den Monat Dezember eine Sitzung des Großen Rates ^{anzunehmen} vorzusehen.

b) Novellierung des § 44 HHG

Auf der vorgenannten Sitzung des Großen Rates soll auch die Neufassung des § 44 ^{HHG} erörtert werden. Der Rechts- und Verfassungsausschuss wird eine Begründung der Neufassung erarbeiten und dem Senat in der Sitzung im Dezember vorlegen

c) Von der Stadt mitfinanzierte Institute, insbesondere Orier und Frobenius-Institut

Auch dieses Problem soll Gegenstand der Besprechung -5-

im Großen Rat sein. Nachdem die Stadt ihre Verpflichtungen kurzfristig aufkündigen will, besteht, wie Spectabilis Lammers ausführt, für das Frobenius-Institut die begründete Aussicht, daß dieses in Verbindung mit der Neubesetzung des Lehrstuhls für Völkerkunde (Prof. Haberland) vom Land übernommen wird. Für das Orient-Institut will jedoch auch das Land seinen Zuschuss zunächst nur noch für 1968 in der bisherigen Höhe fortsetzen und gibt für die folgenden Jahre keine Zusagen mehr, ersucht vielmehr für die Zukunft eine andere Finanzbasis zu gewinnen.

Der Rektor äussert, daß, wenn schon die Zuschüsse der Stadt wegfallen, zumindest die finanzielle Beteiligung des Landes erhalten bleiben müßte. ~~Gegebenenfalls wäre zu prüfen, ob nicht Mittel für Erwachsenenbildung gewonnen oder ein Arrangement mit dem Bund für Volksbildung getroffen werden kann.~~

Der Senat ^① ermächtigt den Rektor, ~~in dieser Richtung~~ zu verhandeln.

② stellt fest, dass die Universität ~~im Hinblick auf~~ ^{Hintergrund} ~~die~~ ^{die} ~~unvermeidlichen~~ ^{unvermeidlichen} ~~Wertschwund~~ ^{Wertschwund} ~~an~~ ^{an} ~~der~~ ^{der} ~~Erhaltung~~ ^{Erhaltung} ~~des~~ ^{des} ~~5-~~ ⁵⁻ ~~des~~ ^{des} ~~Wertschwundes~~ ^{Wertschwundes} ~~wegen~~ ^{wegen} ~~der~~ ^{der} ~~ab~~ ^{ab} ~~zurück~~ ^{zurück} ~~gehenden~~ ^{gehenden} ~~Wertschwundes~~ ^{Wertschwundes} ~~besten~~ ^{besten} ~~verfügbaren~~ ^{verfügbaren} ~~Mitteln~~ ^{Mitteln} ~~und~~ ^{und} ~~besteht~~ ^{besteht} ~~die~~ ^{die} ~~dem~~ ^{dem} ~~Rektor~~ ^{Rektor} ~~gegenüber~~ ^{gegenüber} ~~in~~ ⁱⁿ ~~der~~ ^{der} ~~Sache~~ ^{Sache} ~~von~~ ^{von} ~~.....~~ ^{.....} ~~aus~~ ^{aus} ~~praktischer~~ ^{praktischer} ~~Überlegung~~ ^{Überlegung} ~~erwägt~~ ^{erwägt}

2. Studienfragen

Der Rektor hält es für dringend erforderlich, die Zuverlässigkeit der Angaben in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums im einzelnen in den Fakultäten zu überprüfen. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf die Kapazitätsberechnungen bei den Modellen für bestimmte Fächer geworfen werden. Auch die vorgesehenen Baumaßnahmen, die Sonderforschungsbereiche sowie die angeführten ~~FRAGEN~~ Fragen der Hochschulverwaltung sollten eingehend diskutiert werden. Spect. Martienssen bemängelt, daß die Modellberechnungen nur auf Studentenzahlen zugeschnitten sind, die Forschung mithin unberücksichtigt bleibt.

Der Rektor kommentiert, daß die jetzt erschienenen Empfehlungen ^{zwar} nur für einen Zeitraum von 2 - 3 Haushaltsjahren Gültigkeit haben, jedoch bereits jetzt die Konzepte für die folgenden, etwa ab 1971 für einen längeren Zeitraum geltenden Richtlinien entwickelt werden müssen.

Der Senat bittet die Fakultäten^{nur an A+E}, die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates eingehend zu beraten. Über die im Rahmen der Studienreform bereits durchgeführten Maßnahmen gibt, so berichtet der Rektor weiter, die Beantwortung eines von der HRK versandten Fragebogens näheren Aufschluß. Die Antworten der Fakultäten^{nur an A+E} sollen, sobald sie vollzählig sind, zu einer Synopse zusammengestellt werden. Der Rektor schlägt vor, in den Fakultäten^{nur an A+E} das Lehrprogramm für das nächste Semester mit Assistenten und Studenten zu besprechen; desgleichen geplante Studienreformmaßnahmen. Herr Birkholz hält ferner eine Überprüfung des angebotenen Studienstoffes für erforderlich.

Der Senat bittet die Fakultäten^{nur an A+E}, über die ~~neuen Empfehlungen~~ ^{das Ergebnis der vorgenannten Berechnungen} des Wissenschaftsrates und geplante Maßnahmen der Studienreform ~~zu beraten und~~ bis Ende ^{Januar} ~~Januar~~ 1968⁷ zu berichten. Der Senat empfiehlt den Fakultäten^{nur an A+E}, sofern nicht bereits geschehe eigene Ausschüsse für Fragen der Studienreform zu bilden, in denen alle Gruppen vertreten sein sollten. Der Rektor schlägt die Bildung einer Senatskommission für Fragen der Studienreform vor, die sich im wesentlichen mit folgenden Aufgaben befassen soll:

- a) Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates,
- b) / Diskussion über Fragen der Studienreform,

~~c) Austausch von Informationen,~~

d) Vorschläge und Empfehlungen an den Senat, sofern dessen Zuständigkeit gegeben ist.

Die Kommission soll kein Beschlußorgan sein.

Herr Birkholz schlägt eine regelmäßig tagende Kommission, bestehend aus 25 % Ordinarien, 12 1/2 % Nichtordinarien, 12 1/2 % Nichthabilitierten und 50 % Studenten vor, die laufend alle im Universitätsbereich anfallenden Fragen und Probleme diskutiert.

Prof. Müser hält die Bestellung eines Senatsbeauftragten, der die Arbeiten der einzelnen Fakultätenausschüsse koordiniert für ausreichend.

Der Senat beschließt - bei 5 Nein-Stimmen - die Bildung der Senatskommission im Sinne der vom Rektor aufgezeigten Aufgabenstellung. Die Kommission soll aufgrund der Berichte der Fakultäten ^{zusammen mit der AfE} dem Senat einen Plan für die eigene Arbeit vorlegen. Die Kommission wird aus 12 Personen bestehen, von denen 50 % Lehrende und 50 % Lernende sind. Die Fakultäten und die AfE werden gebeten, bis zur Dezember - Sitzung einer Lehrenden für die Kommission zu benennen. Die Lernenden wird die Studentenschaft nominieren.

Zur Frage einer Zulassungsbeschränkung in den Biologischen Fächern teilt der Rektor mit, daß eine solche nicht beabsichtigt ist. Einer Überprüfung bedarf jedoch, wie auch der Herr Prorektor später nochmals ergänzend ausführt, die Frage, nach welchen Kriterien die Kapazität bei den einzelnen Fächern beim numerus clausus ermittelt wird und welches Gremium gegebenenfalls den Herrn Rektor oder Prorektor in Zweifelsfragen berät. Es empfiehlt sich hierfür der Immatrikulationsausschuß.

mit Zulassungsbekanntgeben
Der Senat bittet die Fakultäten, ~~sich~~ bis zur nächsten Sitzung ^{über die Kapazitätssicherung zu berichten} hierüber Gedanken zu machen.

3. Errichtung einer Abteilung "Physikalische Biologie" im Rahmen des Zoologischen Instituts

Der Rektor stellt zu Beginn der Erörterung des Antrags der Naturwissenschaftlichen Fakultät fest, daß die beantragte Stelle in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorgesehen ist und empfiehlt die Befürwortung des Antrags.

Prof. Müser vertritt die Auffassung, daß es sich hier um ein Musterbeispiel des „Wildwuchses“ im Akademischen Mittelbau handelt, da H 3 - Stellen bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen zugesagt werden, bei ordnungsmäßigen Anträgen im Rahmen des organischen Aufbaus jedoch kaum zu erlangen sind. (z.B. Angewandte Physik).

Ausser dem Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät befürwortet auch der Herr Prorektor den Antrag. Auch nimmt der Senat aufgrund einer diesbezüglichen schriftlichen Äusserung von Prof. Lindauer zur Kenntnis, daß zunächst mit keinen weiteren Folgekosten zu rechnen ist.

Der Senat beschließt daraufhin - bei 2 Nein-Stimmen - den Antrag zu befürworten.

4. Austauschprogramme

Der Rektor gibt einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen bzw. die voraussichtlichen Programmgestaltungen für die Deutsch-Israelischen Universitätstage, die vom 15.-19.1.1968 stattfinden sollen, sowie den Besuch einer Delegation der Universität Strasbourg, der für die Zeit vom 17.-19.4.1968 geplant ist.

5. Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz

Der Rechts- und Verfassungsausschuss wird den vom Hess. Kultusministerium zugegangenen Arbeitsentwurf beraten und eine Stellungnahme dem Senat in der nächsten Sitzung zur Verabschiedung vorlegen. Die von der AfE und dem Herrn Kurator eingegangenen Stellungnahmen werden dem RVA zugeleitet.

Herr Birkholz kündigt einen Antrag der Studentenschaft auf Streichung von § 35 (2) HHG an.

6. Neue Satzung 150 - ok

a) Als Termin für das satzungsgebende Konkils für die Sitzung wird der 29.11. (e.F. zusätzlich der 30.11.) 1967 vorgesehen

Die Sitzung wird voraussichtlich im Saal der Firma Dechema stattfinden.

b+c) Antrags- und Abstimmungsverfahren und Beteiligung der nicht im Konzil vertretenen Gruppen

Auf Vorschlag des Rektors beschließt der Senat die Bildung einer Kommission, die eine Geschäftsordnung für das satzungsgebende Konzil erarbeiten soll, in der vor allem die Modalitäten des Antrags- und Abstimmungsverfahrens geregelt werden.

Die vorgenannte Kommission besteht aus dem Rektor, Spectabilis Bernhardt, Prof. Fetscher, Dr. Andel und Herrn Birkholz.

Diese Kommission, erweitert durch den Vertreter der Nichtordinarien Prof. Müser, wird sich in einer Sitzung am 15.11. 1967 um 14 Uhr 30 nochmals um eine Einigung über die Beteiligung der bisher im Konzil nicht vertretenen Gruppen am satzungsgebenden Konzil bemühen. Herr Birkholz gibt bekannt, daß das Studentenparlament eine Beteiligung von $33 \frac{1}{3} \%$ an allen Akademischen Gremien und eine Beteiligung von minimal 20% am satzungsgebenden Konzil beschlossen und er somit keine Legimitation hat, diese Minimalforderung zu unterschreiben.

Zur Beteiligung am satzungsgebenden Konzil beschließt der Senat die Teilnahme des Herrn Kurators- oder seines Vertreters mit beratender Stimme.

7. Akademische Preise

a) Übergabe der ~~XXXX~~ Preise für das Jahr 1967

Während die Philosophische Fakultät über die ~~Vergabe~~ Übergabe des Preises der Freunde und Förderer die Verpflichtung am 6.12. 1967 vorgesehen hat, werden

die Rechtswissenschaftliche, die Naturwissenschaftliche und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, die Termine für die Übergabe der Akademischen Preise (vgl. Niederschrift über die Sitzung ~~XXXXXX~~ am 3.7.1967) noch festlegen und ~~zwecks Mitteilung an die Stifter~~ dem Rektorat mitteilen.

b) Künftiger Termin der Preisverleihung

Auf Vorschlag des Rektors beschließt der Senat, die Übergabe der Akademischen Preise künftig beim Festakt am Stiftungstag (10.6.) vorzusehen. Die Nominationen müssen dementsprechend früher erfolgen.

8. Wanderpreis für das Marathon-Degen-Turnier

Die Angelegenheit wird dem Rektor zur Entscheidung in eigener Zuständigkeit übertragen.

9. Erklärung des Senats in Angelegenheit der Frau Prof. Faßbinder

Der Rektor führt aus, daß er aufgrund eines Gesprächs mit dem Rektor der Universität Paris, der auch Kompetenzen im internationalen Kultur~~aus~~tausch Frankreichsinnehat, zu dem Ergebnis gekommen ist, daß eine Beeinträchtigung der deutsch-französischen Freundschaft durch die Entscheidung des Bundespräsidenten in Sachen Frau Prof. Faßbinder nicht eingetreten ist und rät, jetzt von der Erklärung abzusehen. Der Senat stimmt - bei 2 Gegenstimmen - dem Antrag des Rektors zu.

Die studentischen Vertreter Birkholz und Grunenberg sprechen sich gegen den Beschluß aus.

10. Verschiedenes

a) Antrag des Studentenwerks auf Festsetzung des Beitrags für das Studentenwerk auf einheitlich 47 DM.-

Der Senat nimmt die vorgesehene Regelung zustimmend zur Kenntnis.

b) Antrag der Berichtigung der Niederschrift über die Senats-
sitzung am 15.7.1967

Der Prorektor beantragt, die Niederschrift über Punkt 2 (bei der Senatssitzung am 14.u.15.Oktober 1967 in Büdingen den Herren Senatoren übergeben) auf Seite 2, Zeile 19-21 (Er werde von 1951 vertreten) wie folgt zu ändern: "Er werde, falls in der Konzilssitzung die Frage nach der Möglichkeit einer Wiederwahl gestellt werde, auf die tatsächlich aufgrund des Konzilbeschlusses von 1951 bestehende Möglichkeit hinweisen".

Der Senat billigt die Änderung.

Herr Birkholz fragt an, ob die Unterlagen für die Verlaufsstatistiken im Sommersemester 1967 noch bei der Universität sei^{en}. Der Rektor bestätigt, daß entsprechend dem Senatsbeschluß vom 3.5.1957 die Fragebogen erst nach Klärung der Rechtslage, die bisher jedoch noch nicht erfolgt ist, weitergeleitet werden. Für die Fragebogen aus dem Wintersemester 1967/68 gilt das Gleiche.

- Tagung ohne Beteiligung der Vertreter der Hochschullehrerschaft (§ 35(2) HHG)*
11. Verleihung der Bezeichnung "Außerplanmäßiger Professor"

Der Senat ist damit einverstanden, daß der Antrag der Naturwissenschaftlichen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung "Außerplanmäßiger Professor" an den Privat-Dozent Dr. Dieter Fischer befürwortend an den Hess. Kultusminister weitergeleitet wird.

12. Ernennung zum Dozenten

In der Sitzung am 3.7. hatte der Senat eine Dozentenstelle an Dr. Determann (Nat.Fak.) vergeben. Da Dr. Determann eine Stellung in der Privatindustrie antritt, ^{ist} ~~sehr~~ diese Stelle ebenfalls auf Antrag der Nat.Fak. dem Privat-Dozenten Dr. Gebhardt übertragen werden.

~~Der Senat stimmt zu.~~

13. Überalterung von Dozenten

Der Senat bittet die Senatskommission für Fragen des akad. Mittelbaus, die vom Kult.Ministerium erbetene Stellungnahme vorzubereiten und dem Senat ^{zur Verabschiedung} vorzulegen. Die bereits erstellten Unterlagen werden der Kommission ^{zur Begutachtung} überlassen.

14. Wahl eines Ehrenbürgers der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Dem Antrag der Philosophischen Fakultät auf Ernennung des Leiters des British Council, Mr. Simons, zum Ehrenbürger wird in zweiter Lesung entsprochen.

15. Ausführung des Hess. Besoldungsgesetzes im Bereich der Bes O H

Zur Diskussion zwecks einer Stellungnahme bis zum 15.11.1967 steht der Erlaß des Hess. Kultusministers vom 29.9.1967, der allen Herren Senatoren abschriftlich zugegangen ist. Es geht hierbei um die Frage, der "angemessenen Vertretung einer Lehrtätigkeit" in Verbindung mit der Gewährung der Unterrichtsgeldpauschale. Der Rektor weist auf eine Stellung

Stellungnahme des Hochschulverbandes vom 24. 8. 1966 ~~hin~~, ~~das~~
als Fazit feststellt, daß ein ministerieller Erlaß, der für die
Gewährung der Unterrichtsgeldpauschale eine Mindeststundenzahl
für die verschiedenen Hochschul^{Lehrer}gruppen vorsieht, einen Eingriff
in die Autonomie der Hochschulen darstellt, und ^{keine} keine Rechtsver-
bindlichkeit gegenüber den Mitgliedern des Lehrkörpers haben kann.
Der Senat bittet Spect. Bernhardt, die Fertigung der Stellung-
nahme im Sinne der Ausführungen des Hochschulverbandes zu ver-
anlassen ~~übernehmen oder zu veranlassen~~.

16. Antrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät auf Ernennung von Dr. Hüttl zum Honorarprofessor

Die Erörterung des Antrags wird für die nächste Senatssitzung
vorgesehen. Die Akte liegt inzwischen im Rektorat zur Ein-
sichtnahme bereit.

Die nächste Sitzung wird für Mittwoch, den 6.12.1967 vereinbart.

Ende der Sitzung: 21 Uhr 10

Der Rektor:



Schriftführer

